

Kurzbericht zur Ringvorlesung

„Rassismus und Rechtsextremismus in der institutionellen Mitte der Gesellschaft – Anfragen an den politischen Bildungsauftrag der Bundeswehr|Universität“

an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU) | 12.10.-30.11.2021 | Dienstags 18.00-19.30 Uhr | zum Teil ausschließlich Online, zum Teil im Hybrid-Format

In sieben Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen beleuchteten renommierte Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen die Einbettungen rassistischer und rechtsextremer Tendenzen in gesellschaftlichen Diskursen und staatlichen Institutionen, auch in internationalen Bezügen. Aufgrund des Charakters der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) als Universität der Bundeswehr wurde zudem ein Fokus auf Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb der Bundeswehr geworfen, einschließlich der Ansätze und Maßnahmen zur Prävention solcher Tendenzen. In den Kommentierungen der Vorträge und moderierten Gesprächen wurde u.a. über geeignete Formen der politischen Bildung diskutiert, besonders den politischen Bildungsauftrag der Bundeswehruniversität.

Veranstalter*innen

Konzipiert und durchgeführt wurde die Ringvorlesung von der Professur für interkulturelle und international vergleichende Bildungsforschung (Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften), namentlich Prof.'in Dr. Mechtild Gomolla (Leitung), Dr.'in des. Aysun Doğmuş, Dr.'in Ellen Kollender und Lisa M. Rosen sowie den studentischen Mitarbeiter*innen Alina Dötsch und Jan-Philipp Riesenbeck. Die Ringvorlesung wurde materiell und ideell unterstützt vom Verein der Freunde und Förderer der HSU e.V., der Lawaetz Stiftung/Hamburger Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, der Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg sowie dem Zentrum Gender und Diversity Hamburg.

Themen und Inhalte

In der Eröffnung der Ringvorlesung am 12.10.2021 betonte der Präsident der HSU, **Prof. Dr. Klaus Beckmann**, die Relevanz der Thematik für die Universität. **Prof. Dr. Andreas Zick** (Universität Bielefeld) präsentierte in seinem Vortrag „*Die geforderte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland*“ aktuellste Ergebnisse der von ihm geleiteten sogenannten „Mitte-Studie“. Während explizite rechtsextreme Einstellungen erfreulicherweise rückläufig seien, sieht der Wissenschaftler im Aufweichen klarer demokratischer Grundhaltungen einen Anlass zur Sorge. Künftig müssten auch Graubereiche, Ambivalenzen und subtile Zustimmungen, die eine Offenheit für rechtsextreme Haltungen erkennen lassen, ernst genommen werden. Erforderlich sei mehr politische Demokratiebildung, Arbeit gegen Vorurteile und weniger Verharmlosung von Demokratiefeindlichkeit und rechten Meinungen. Dass es keine vermeintlich demokratische Mitte gibt, die von aufgezeigten Tendenzen ausgenommen wäre, war auch der Tenor im Kommentar von **Prof. Dr. Thomas Höhne** (HSU), der das Konzept der Mitte aus soziologischer Perspektive dekonstruierte.

Prof.'in em. Gill Crozier (Roehampton University/UK) betrachtete am 19.10.2021 in ihrem Vortrag „*Rassismus – vom Kolonialismus zum Brexit. Auswirkungen auf Bildungsprozesse und -systeme*“ die lange Geschichte des modernen Rassismus am Beispiel Großbritanniens. Aus der ‚Critical Whiteness‘-Perspektive zeichnete Crozier nach, wie Rassismus und Nationalismus oft subtil in gesellschaftliche Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse eingelassen sind und die Gesellschaft als Ganzes durchdringen, gerade im Bildungsbereich. Der Brexit zeige, wie Rassismus in Relation zu sich verändernden sozialpolitischen und wirtschaftlichen Dynamiken permanent seine Erscheinungsformen und Funktionen in sozialen Kämpfen ändere. In Deutschland werde Rassismus – so kommentierte **Prof.'in Dr. Teresa Koloma Beck** (HSU) – noch immer primär in einer individualisierten Lesart als subjektives

Einstellungsmuster verstanden. Damit werde verkannt, dass wir alle Teil einer rassistisch strukturierter Gesellschaft sind. Koloma Beck betonte die Bedeutung und Expertise der auf Gleichheitsprinzipien verpflichteten staatlichen Institutionen – einschließlich der Bundeswehr – um Milieus zu schaffen, in denen Vielfalt positiv angenommen und Ungleichheiten entgegengewirkt werden könne.

Rechtsextreme ‚Vorfälle‘ in der Bundeswehr sind nicht neu, häufen sich aber seit einiger Zeit. Doch die Datenlage ist unübersichtlich, die Bewertungen bleiben widersprüchlich. Sind ‚Einzeltäter*innen‘ aktiv oder ‚Netzwerker*innen‘? Ist die Bundeswehr auf der rechten Flanke verletzlicher als die Zivilgesellschaft? Wie resilient ist der ‚Mindset‘ der Truppe? Speziell diesen Fragen waren die anschließenden zwei Veranstaltungen gewidmet:

Am 26.10.2021 zeichnete **Dr. Klaus Naumann** (Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministeriums der Verteidigung) in seinem Vortrag „Wie tickt die Truppe? – Rechtsextremismus in der Bundeswehr“ auf der Basis aktueller Entwicklungen und verfügbarer (jedoch veralteter) Studien ein differenziertes Bild der Stärken und Schwächen der Bundeswehr in der Auseinandersetzung mit Problemen des Rassismus und Rechtsextremismus. Naumann betonte einen offenkundigen Mangel an aussagekräftigen empirischen und repräsentativen Daten. Hier rückte er auch die Formen der institutionellen Selbstbefragung innerhalb der Bundeswehr in den Blick. **Prof. Dr. Arnd-Michael Nohl** (HSU) unterstrich in seinem Kommentar die Herausforderung des Rechtsextremismus für die innere Führung der Bundeswehr wie auch die Beobachtung Naumanns, dass die Bundeswehr diesbezüglich zwischen Reduktion und Verweis auf ‚Einzelfälle‘ und bereits initiierten strukturellen Reformschritten mäandert. Nohl betonte die hohe Bedeutung der politischen Bildung – auch als Aufgabenfeld der Universität, problematisierte jedoch auch den Unterschied zwischen Demokratieerziehung und politischer Bildung.

Die Enttarnung des sog. Nationalsozialistischen Untergrundes im November 2011 gilt als Zäsur in der öffentlichen und politischen Diskussion über die Verwurzelung rassistischer und rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster in staatlichen Institutionen. Polizei und Bundeswehr gerieten aufgrund wiederkehrender Vorfälle zunehmend ins Zentrum dieser Diskussion. Am 9.11.2021 diskutierten **Dr. Eva Högl** (Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages), **Nariman Hammouti** (Verein ‚Deutscher Soldat‘, Berlin), **Nissar Gardi** (‚empower‘ – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Hamburg) unter Moderation von **Prof.‘in Mechtild Gomolla** (HSU) zum Thema „10 Jahre nach Aufdeckung des ‚NSU‘: Stand und Perspektiven der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus in der Bundeswehr“. Mit Verweis auf den NSU problematisierte Högl die tödlichen Konsequenzen des institutionellen Rassismus. Das Bemühen um Aufklärung und konsequente Interventionen dürfe jedoch nicht dazu führen, etwa die Bundeswehr unter einen Generalverdacht zu stellen. Gardi argumentierte, erwiesene rassistische und rechtsextremistische Tendenzen müssten in Institutionen auf allen Verantwortungs- und Führungsebenen als tatsächliches Problem anerkannt werden, um wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Auch Hammouti betonte die Wichtigkeit, über Rassismuserfahrung und Rassismuskritik ins Gespräch zu kommen und plädierte für eine umfassende und verpflichtende politische Bildung in diesem Bereich.

Prof.‘in Dr. Annette Henninger (Philipps-Universität Marburg) untersuchte am 26.11.2021 in ihrem Vortrag „Antifeminismen – Einfallstor für Rassismus und Rechtsextremismus?“ rechtsextreme und christlich-fundamentalistische Akteursgruppen als treibende Kraft bei antifeministischen Diskursen, die häufig Schnittstellen zu Rassismus aufweisen. Dies gelte insbesondere für antifeministische Thematisierungen von sexualisierter Gewalt und Familie. Henninger zeigte anhand der Ergebnisse von zwei Forschungsprojekten, mit welchen diskursiven Strategien dies geschieht und welche Zielgruppen damit adressiert werden. In ihrem Kommentar argumentierte **Prof.‘in Dr. Katharina Liebsch** (HSU), der Antifeminismus reagiere auf einen zweifachen Ordnungs- und Kontrollverlust – als Verlust

von Kontrolle über Sinnlichkeit wie auf der Ebene diskursiver Bedeutungsproduktion. In seiner de-struktiven Bearbeitung des Neuen und dem Versuch, durch Affekte andere Realitätsschemata in Gang zu setzen, gehe der Antifeminismus über Bestrebungen konservativer Politik, das Hybride und Uneindeutige institutionell einzuhegen, weit hinaus.

Analysen zu rassistischen und rechtsextremen Orientierungen und Routinen in staatlichen Institutionen verdeutlichen eindrücklich die Notwendigkeit komplexer Präventions- und Interventionsmaßnahmen, diese werden jedoch in öffentlichen Diskursen kontrovers ausgehandelt. Am 23.11.2021 diskutierten **Aminata Touré** (Landtagsabgeordnete und Vizepräsidentin in Schleswig-Holstein), **Dr. Hendrik Cremer** (Referent am Deutschen Institut für Menschenrechte), **Prof.‘in Dr. Mechtild Gomolla** (Vorsitzende des Senatsausschusses zur Förderung der Chancengleichheit in der HSU) unter Moderation von **Dr.‘in Aysun Doğmuş**, **Dr.‘in Ellen Kollender** und **Lisa M. Rosen** (alle HSU) die Frage „*Steht die Bekämpfung von Rassismus auf der Agenda in Politik und Institutionen?*“ Auch die aktuellen umfassenden Handlungsprogramme der Bundesregierung – darin waren sich die Diskutant*innen einig – kommen noch kaum an die strukturellen Probleme heran. Touré hob etwa hervor, dass struktureller Rassismus oft von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in den Diskurs gerückt werde. Dies könne jedoch die Auseinandersetzung mit Rassismus als grundlegendem Bestandteil politischer Arbeit auf Seiten politischer Entscheidungsträger*innen nicht ersetzen. Cremer problematisierte, dass im Grundgesetz und Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz noch immer von ‚Rasse‘ die Rede ist sowie die Schwierigkeit des Rechtsstaats in der Auseinandersetzung mit der AfD. Der Jurist betonte, dass es für politische Bildung, auch in der Bundeswehr, trotz des sog. Neutralitätsgebots im Beutelsbacher Konsens nicht nur zulässig, sondern regelrecht gefordert sei, rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien kritisch zu thematisieren. Die alltäglichen Mühen, komplexe Organisationen diversitätssensibel und diskriminierungskritisch zu gestalten, wurden von Gomolla auch am Beispiel der HSU konkretisiert. Gomolla forderte eine stärkere institutionelle Selbstverpflichtung bzgl. der Sensibilisierung für Diskriminierung und Diversität, z.B. durch Fortbildungen, die mit vielfältigen institutionellen Maßnahmen zu einem konsistenten Auftrag verbunden werden sollten.

Die Studierenden **Alina Dötsch** und **Jan-Philipp Riesenbeck** beendeten die Ringvorlesung am 30.11.2021 mit einer Diskussionsrunde zum Thema „*Rechtsextremismus, politische Bildung und Universitätskultur*“. Neben **Pinar Godscheck** und **Jan Niklas Großpietsch** beteiligten sich nach der Fishbowl-Methode weitere Studierende aus dem Zuschauer*innenkreis an dem Podiumsgespräch. Im Zentrum standen folgende Fragen: Das Ziel antirassistischer Aufklärungsarbeit im akademischen Raum ist es, ein diskriminierungskritisches und möglichst diskriminierungsfreies (Lern-)Umfeld für Studierende zu schaffen, doch gelingt unserer Universität das? Ist unsere Universität schon heute der diskriminierungsfreie Raum, den wir uns wünschen? Welche Instrumente hat eine Universität wie die unsere, um diesen Raum zu schaffen und zu erhalten? Wie können Studierende an der HSU diesen mitgestalten?

Beteiligung

Die zwischenzeitlichen Veränderungen der pandemischen Situation und damit verbundene Verschärfungen von Auflagen zur Einhaltung des Gesundheitsschutzes im Rahmen von Veranstaltungen machten es erforderlich, die Sitzungen teilweise in einem hybriden Format mit Hygienekonzept und teilweise gänzlich in einem digitalen Format durchzuführen. Alle digitalen Anteile wurden mithilfe der Software Microsoft Teams durchgeführt, bei der auch Nicht-HSU-Mitglieder sich für einen Gast-Zugang registrieren können. Die Teilnehmenden konnten sich an den Diskussionsteilen der Sitzungen entweder durch Wortmeldungen, durch das Posten von Rückfragen und Anmerkungen im Chat oder über ein eigens zur Verfügung gestelltes Padlet am inhaltlichen Austausch beteiligen.

Insgesamt haben sich 331 Personen zur Ringvorlesung angemeldet. Das Angebot zur Teilnahme auch für Hochschulexterne bzw. die breite Öffentlichkeit betrachten wir damit als sehr gelungen. Die einzelnen Veranstaltungen wurden von jeweils 80 bis zu 165 Teilnehmenden (inkl. Organisator*innen und Referent*innen) besucht. Mit dem Angebot konnten wir die anvisierten Zielgruppen der Lehrenden, Forschenden, Studierenden sowie die interessierte (Fach-)Öffentlichkeit erreichen.

Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Die Ringvorlesung wurde im Vorfeld auf Plakaten und digitalen Anzeigen auf dem Campusgeländer der HSU, sowie mit Flyern an dafür vorgesehenen Sammelstellen beworben. Die Logos der kooperierenden Einrichtungen waren auf dem Plakat an prominenter Stelle abgebildet. Die Veranstaltung wurde auch auf sozialen Medien, sowie vom Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Hamburg, der Landeszentrale für Politische Bildung und dem Zentrum Gender & Diversity Hamburg über deren Newsletter in ihren Netzwerken beworben. Den teilnehmenden Referent*innen und weiteren Netzwerkpartner*innen wurde ebenfalls Werbematerial in digitaler und analoger Form zur Verfügung gestellt. Eine Dokumentation der Veranstaltungsreihe wird derzeit geplant. Sämtliche Vorträge wurden zu diesem Zweck unter Einverständnis der Teilnehmenden per Microsoft Teams aufgezeichnet und befinden sich derzeit in der technischen Aufbereitung.

Dank

An dieser Stelle möchten wir den Referent*innen und ebenso den Kolleg*innen aus der HSU, die die Hauptvorträge kritisch kommentiert und – wie auch die beteiligten Studierenden in der Abschlussveranstaltung – den Bezug zur politischen Bildung als Aufgabenfeld der Bundeswehruniversität diskutiert haben, für ihre instruktiven und engagierten Beiträge ganz herzlich danken! Einen Dank aussprechen möchten wir zudem den Einrichtungen, die die Ringvorlesung materiell und ideell großzügig unterstützt haben: dem Verein der Freunde und Förderer der Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg e.V., der Lawaetz Stiftung/Hamburger Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, der Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg sowie dem hochschulübergreifenden Zentrum Gender & Diversity Hamburg.

Für ihre kompetente, umsichtige und zuverlässige technische Beratung und Unterstützung bei der komplexen Organisation und Durchführung der einzelnen Veranstaltungen sind wir dem Medienzentrum der HSU, namentlich Manuel Sommer und Florian Bondesen, zu großem Dank verpflichtet. Ebenso möchten wir uns bei Maria Lara Mehlhorn für die Übersetzung und Dolmetschung während der Vortragsveranstaltung mit Gill Crozier herzlich bedanken. Bei der Suche nach Übersetzer*innen haben uns außerdem die Mitarbeiter*innen vom ZeDis (Zentrum für Disability Studies und Teilhabeforschung) durch fachlich-kollegiale Beratung tatkräftig unterstützt. Ebenso möchten wir uns beim Bundessprachenamt herzlich bedanken. Sie haben uns bei der Übersetzung einer Vortragskurzfassung und der Vortragspräsentation, die Teilnehmenden im Vorfeld zur Verfügung gestellt wurde, kompetent unterstützt. Einen herzlichen Dank für die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit möchten wir auch Diana Voß sowie unserer inzwischen ehemaligen studentischen Mitarbeiterin Freya Carius aussprechen, der wir für ihre zukünftigen Aufgaben viel Erfolg und alles Gute wünschen.

Für die vielfältige engagierte, unkomplizierte und großzügige Unterstützung des Projekts bedanken wir uns von Herzen und freuen uns auf zukünftige gemeinsame Projekte. Viele Fragen sind offen geblieben und wir hoffen sehr, dass die Diskussionen an anderer Stelle ihre Fortsetzung finden!

Hamburg, im Dezember 2021

Prof.'in Dr. Mechtild Gomolla, Dr.'in des. Aysun Doğmuş,

Dr.'in Ellen Kollender, Lisa M. Rosen, Alina Dötsch und Jan-Philipp Riesenbeck